

Prof. Dr. Detlef Garbe, Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen

Dr. Oliver von Wrochem, Projektleiter Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof und Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Stellungnahme zur Belastung von Wintershall Dea im Nationalsozialismus (1.2.2021)

Hintergrund

Am 16.1.2021 meldete das Hamburger Abendblatt auf Seite 23 unter dem Titel „Wintershall Dea zieht in die Hafencity“ (Anlage 1), dass der Öl- und Gasförderer Wintershall Dea einen Mietvertrag mit der Müller-Spreer AG geschlossen habe für das im Bau befindliche Bürogebäude, in dessen Erdgeschoss das Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof in Sichtweise des 2017 eingeweihten Gedenkort am historischen Ort der Deportationen von Juden, Sinti und Roma entsteht. In der Pressemitteilung der Wintershall Dea vom 15.1.2021 wird der Umzug für Mitte 2022 angekündigt, ohne das Dokumentationszentrum im Erdgeschoss zu erwähnen (Anlage 2).¹

Die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte, die das Vermächtnis der Verfolgten bewahren und das Dokumentationszentrum betreiben soll, bedauert, dass sie ebenso wie die Behörde für Kultur und Medien sowie die Hafencity Hamburg GmbH vom Bauherrn, der Müller-Spreer AG, nicht im Vorfeld befragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt wurde und erst über die Presse von der Vermietung an die Wintershall Dea GmbH erfahren hat.

Der Hannoversche Bahnhof war ein historischer Knotenpunkt der Deportationen. Von hier aus wurden mehr als 8000 Juden, Sinti und Roma aus Norddeutschland in die deutsch besetzten Gebiete in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager nach Litzmannstadt (Lodz), Minsk, Riga, Belzec, Auschwitz und Theresienstadt deportiert. Das entstehende Dokumentationszentrum ist ein Ort von transnationaler Bedeutung. Es soll mit einer Dauerausstellung die NS-Verfolgung und die Deportationen aus Hamburg und Norddeutschland in die europäische Dimension der NS-Gewaltverbrechen einbetten, die unter anderem mit wirtschaftlicher Ausbeutung, unternehmerischem Profit und Ermordung auch der Deportierten einherging.

Die Firma Wintershall war im Nationalsozialismus Nutznießer von „Arisierungen“ und Betriebsaneignungen. Ferner setzte sie in ihren Erdölwerken und Verarbeitungsbetrieben an verschiedenen Standorten im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten in großem Umfang Zwangsarbeiter ein. Darüber gibt eine von der Firma 2018 bei der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte in Auftrag gegebene und 2020 erschienene Untersuchung umfassend Auskunft.² Auch für die in Hamburg ansässige Deutsche Erdöl AG (DEA), mit der Wintershall 2018 fusionierte, liegen Hinweise auf eine Beteiligung am System der NS-Zwangsarbeit vor, jedoch steht eine vergleichbare Aufarbeitung noch aus.

Da die 2019 zwischen dem Investor und der Behörde für Kultur und Medien abgeschlossene Vereinbarung über das Dauernutzungsrecht vorsieht, dass kein Nutzer in das Gebäude einzieht, „der

¹ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article231338916/Hamburg-Oelproduzent-Wintershall-Dea-zieht-in-die-Hafencity-Buerogebaeude-Umzug-Lohsepark.html>. Dem Artikel liegt eine Presseerklärung der Wintershall Dea vom 15.1.2021 zugrunde, siehe: <https://wintershalldea.com/de/newsroom/wintershall-dea-zieht-es-die-hafencity>

² Manfred Grieger, Rainer Karlsch und Ingo Köhler: Expansion um jeden Preis. Studien zur Wintershall AG zwischen Krise und Krieg 1929–1945, Frankfurt am Main 2020.

insbesondere in der Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Interessenorganisationen [...] (1) im Konflikt mit dem Zwecke des Dokumentationszentrums [...] steht oder (2) der Ausstrahlung eines Gedenkortes abträglich ist“ (§14.1), hat die Hafencity Hamburg GmbH nach Rücksprache mit der Behörde für Kultur und Medien Kontakt mit dem Investor aufgenommen und darauf hingewiesen, dass die Vermietung Fragen aufwirft, die mit den Betroffenenverbänden bewertet werden müssten. Parallel dazu hat die Behörde für Kultur und Medien am 20.1. die in der 2007 eingerichteten „Expertenrunde“ vertretenen Verbände, die Jüdische Gemeinde in Hamburg und die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg, den Landesverein der Sinti in Hamburg, die Rom und Cinti Union, das Auschwitz-Komitee und die Stolpersteine-Initiative informiert. Für den 2.2. hat sie zu einem Gespräch eingeladen, um mit der Hafencity Hamburg GmbH, der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte und den teilweise seit über 15 Jahren am Planungsprozess beteiligten Betroffenenverbänden das weitere Vorgehen abzustimmen und zu klären, ob es aufgrund der Unternehmensgeschichte der Wintershall Dea Bedenken gegen die Vermietung gibt.

Am 22.1. hat sich die Wintershall Dea in einem Brief an die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur NS-Belastung ihres Unternehmens geäußert und darauf hingewiesen, dass sie die geäußerten Bedenken ernst nehme und selbst seit 2018 Anstrengungen zur Aufarbeitung unternommen habe und bezüglich der seit 2019 in das Unternehmen aufgegangenen DEA noch vornehmen werde. Sie hat die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem zukünftigen Betreiber des Dokumentationszentrums erklärt (Anlage 3).

Bewertung der NS-Belastung von Wintershall

Die Bewertung der Belastung von Wintershall stützt sich insbesondere auf die 2018 von der Firma in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie „Expansion um jeden Preis“, deren Ergebnisse auf einer Konferenz am 25.9.2019 in Kassel vorgestellt wurden.³ Zur Reichweite der Studie merken die Verfasser Prof. Dr. Manfred Grieger, Dr. Rainer Karlsch und PD Dr. Ingo Köhler in der Einleitung an, dass die zur Verfügung stehenden Materialien „nicht in aller detailreichen Tiefe erfasst“ worden und im Nachgang „weitere Erkundungstouren durch nationale und internationale Archive“ geboten seien.⁴ Die Studie gibt insofern nur erste Einblicke in die NS-Belastung der Firma Wintershall. Im Ergebnis lässt sich Folgendes festhalten:

Die Firma Wintershall war im Nationalsozialismus Teil der Aufrüstungs- und Kriegsführungspolitik und beteiligte sich an der Ausplünderung der von Deutschland okkupierten Länder. Dabei profitierte sie in großem Umfang durch die Expansion des Kaligeschäftes und der Erdölproduktion, wobei mit fortschreitendem Kriegsverlauf zunehmend Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter insbesondere aus osteuropäischen Ländern zum Einsatz kamen. Wie Rainer Karlsch im ersten Kapitel der Studie herausstellt, arbeitete Wintershall seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten eng mit der Reichswehr zusammen. So wurde Munition heimlich in stillgelegten Kalischächten gelagert, womit Wintershall gegen den Versailler Vertrag verstieß. 1936 wurde Wintershall als Rüstungsbetrieb eingestuft und expandierte während des Krieges. Karlsch konstatiert, dass das Unternehmen eng mit dem NS-Regime verflochten war.

Dies gilt auch für den Vorstandsvorsitzenden August Rosterg, der bewusst die Nähe zum Nationalsozialismus suchte und sich für die Entfesselung der Märkte, die Ausschaltung der Gewerkschaften

³ Zur nachfolgenden Tätigkeitsbeschreibung vgl. Tagungsbericht: Wintershall im Nationalsozialismus, 25.09.2019 Kassel, in: H-Soz-Kult, 19.10.2019, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8484; Expansion um jeden Preis, S. 15-233.

⁴ Expansion um jeden Preis, S. 10f.

und eine diktatorische Staatsführung einsetzte. Ingo Köhler sieht August Rosterg im zweiten Teil der Studie als ökonomischen Opportunisten und Profiteur. So nahm er bereits im Februar 1931 an einem ersten Geheimgespräch mit Adolf Hitler im Berliner Kaiserhof teil und wurde später Mitglied des „Keppler-Kreises“ (später in „Freundeskreis des Reichsführers SS“ umbenannt), einer Gruppe um den Hitler-Vertrauten Wilhelm Keppler, die sich durch eine besondere Nähe zur NS-Ideologie und hoher finanzieller Unterstützung der NSDAP und SS auszeichnete und auf ihren Ausflügen unter anderem das KZ Dachau (1936) und das KZ Sachsenhausen (1939) besuchte. Umfassende Beteiligungen an der „Arisierung“ des Bergbausektors und die damit verbundene Bereicherung an jüdischem Eigentum in Millionenhöhe sowie Rostergs enge Freundschaft zu Heinrich Himmler und Keppler (letzterem schenkte Rosterg ein Anwesen in Unna) zeugen von Rostergs engen Verflechtung mit dem Nationalsozialismus, auch wenn er kein Mitglied der NSDAP wurde.

Während des Krieges forcierte Wintershall die Erdöl- und Gasförderung in Österreich und Ungarn sowie im besetzten Polen und der besetzten Ukraine. Wintershall profitierte zudem massiv von der Ausbeutung von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in ihren Werken. Wie Manfred Grieger im dritten Kapitel der Studie zeigt, setzte Wintershall tausende (KZ-)Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene ein, am Mineralölwerk Lützkendorf gab es ein eigenes Außenlager des KZ Buchenwald, in dem zahlreiche Häftlinge ums Leben kamen.⁵ Zwangsarbeiter wurden oft vom Werkschutz an ihren Barackenunterkünften abgeholt und dorthin zurückgebracht. Teilweise übernahm der Werkschutz auch die Nachtwache in der Baracke vor Ort. Grieger verdeutlicht, dass die Initiativen zur Beschäftigung von (KZ-)Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen von den Betrieben der Wintershall ausgingen. Auch in den besetzten Gebieten beutete Wintershall Menschen aus: „Über Aktienbeteiligung und Personalentsendung war die Wintershall AG mit der Kontinentalen Öl AG und der Karpaten Öl AG in Osteuropa mittelbar an der Ausnutzung der dortigen Zwangsarbeitskräfte, darunter mehrere Tausend jüdische Zwangsarbeiter, beteiligt. Für viele bildete die Zwangsarbeit die vorgelagerte Vorstufe ihrer Ermordung in den Vernichtungslagern“.⁶

Bewertung der NS-Belastung von DEA

Die Deutsche Erdöl AG (DEA) profitierte ebenfalls von der Machtübernahme der Nationalsozialisten, insbesondere von dem Willen der NS-Führung, Deutschland in Bezug auf die Rohstoffversorgung autark zu machen. „Im Rahmen des Reichsbohrprogramms erhielt DEA zwischen 1934 und 1944 Zuschüsse in Höhe von 6,58 Millionen Reichsmark. So konnte die Erdölfördermenge der DEA von 53.000 jato (Jahrestonne, 1932) auf 900.000 jato (1943) gesteigert werden.“⁷ Die Kapazitäten der im Großraum Hamburg ansässigen Unternehmen, zu denen neben der DEA auch die Rhenania-Ossag Mineralölwerke AG (Shell) und die Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft (Esso) gehörte, wurden im Zuge der Aufrüstung erheblich erweitert, denn Erdöl diente als zentraler Rohstoff für die Rüstungsproduktion und Kriegsführung. DEA „setzte auf ihrem Gelände am Reiherstiegdeich 252 in Wilhelmsburg mindestens von Juni 1944 bis März 1945 Häftlingskommandos ein. Da das Firmengelände bei Luftangriffen schwer beschädigt worden war, handelte es sich bei den Einsätzen höchstwahrscheinlich um Aufräumarbeiten.“⁸ Das Unternehmen begann Produktionen in den besetzten

⁵ Expansion um jeden Preis, S. 228-231.

⁶ Expansion um jeden Preis, S. 210.

⁷ Annabelle Jacobs: E-Learning in der betrieblichen Weiterbildung: Kriterien für die Entscheidung über den Einsatz von e-Learning in der Abteilung Einkaufsreporting und Tools der RWE Dea AG, BA-Arbeit, Hamburg 2010, S. 61f., online unter https://reposit.haw-hamburg.de/bitstream/20.500.12738/5386/1/Jacobs_Annabelle_100706.pdf

⁸ Martin Reiter: Das Arbeitserziehungslager Wilhelmsburg. Aktuelle Forschungen zu einem kaum bekannten NS-Lager, in: Marco Brenneisen, Christine Eckel, Laura Haendel, Julia Pietsch: Stigmatisierung - Marginalisierung –

Gebieten (Tschechien, der Slowakei sowie im Elsass) durch Beteiligung an Konsortien wie der 1941 gegründeten Kontinentale Öl AG. 1937/1938 wurden die jüdischen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder aus dem Unternehmen ausgeschlossen. Die DEA setzte außerdem in großem Maßstab Zwangsarbeiter ein.⁹ Genauere Untersuchungen zu den Aktivitäten von DEA und zu den Beziehungen zwischen der Firmenleitung und dem NS-Regime stehen aus.

Aufarbeitungsbemühungen der Firma Wintershall Dea

Die NS-Belastung der Firmen Wintershall und DEA wurden wie in vielen anderen Unternehmen jahrzehntelang von den jeweiligen Firmenleitungen verschwiegen. 1969 wurde Wintershall von BASF übernommen, die selbst ein Vorgänger- und Nachfolgeunternehmen der in höchsten Maßen an NS-Verbrechen beteiligten IG Farben war. Wintershall war von 1969 bis 2018 eine 100% Tochtergesellschaft der BASF AG. Seit der Fusion von Wintershall mit DEA hält BASF noch 67% der Stammaktien.

Eine Reihe bedeutender deutscher Unternehmen ließen im Zuge der Debatte um NS-Zwangsarbeit in den 1990er- und 2000er-Jahren ihre Firmengeschichten aufarbeiten. Weder die Wintershall noch die DEA gehörten dazu. Allerdings war die BASF AG Gründungsmitglied der Stiftungsinitiative Deutsche Wirtschaft, die im Jahr 2000 in die Gründung der Stiftung Erinnerung Verantwortung und Zukunft mündete. Die Auszahlungsprogramme an ehemalige Zwangsarbeiter wurden im Jahr 2007 abgeschlossen. Das Gründungskapital in Höhe von 5,2 Mrd. Euro wurde vom deutschen Staat und von der deutschen Wirtschaft je zur Hälfte aufgebracht,¹⁰ bei der Mitgliedschaft von Konzernen waren die Tochtergesellschaften inbegriffen.¹¹ Insofern war die Wintershall über die BASF AG und die DEA über die RWE indirekt an der Initiative beteiligt.

Mit der Aufarbeitung der Firmengeschichte hat die Wintershall Dea erst zu ihrem 125-jährigen Firmenjubiläum begonnen und wird deshalb in der von ihr in Auftrag gegebenen Studie „Expansion um jeden Preis“ als „Spätstarter“¹² bezeichnet. Immerhin geht Wintershall Dea in ihrem Webauftritt offensiv mit der NS-Belastung ihrer Firma um.¹³ Allerdings hat Wintershall Dea bislang nur die Geschichte von Wintershall aufgearbeitet, die Aufarbeitung der Geschichte der DEA steht aus.¹⁴

Verfolgung. Beiträge des 19. Workshops zur Geschichte und Gedächtnisgeschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Berlin 2015, S. 184-202, hier S. 193f., online unter https://www.kurt-und-herma-roemer-stiftung.de/wp-content/uploads/Reiter-Martin_Das-AEL-Wilhelmsburg.-Aktuelle-Forschungen.pdf. Mit dem Ankauf der Tiefbau- und Kälteindustrie AG 1922 erweiterte DEA die Raffinerie in Wilhelmsburg und übernahm außerdem Tank- und Umschlaganlagen auf dem Köhlbrand in Hamburg, vgl. Jacobs, E-Learning in der betrieblichen Weiterbildung, S. 61.

⁹ Rainer Karlsch, Raymond G. Stokes: Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 162, 202, 225; vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/DEA>.

¹⁰ <https://www.stiftung-evz.de/stiftung/geschichte.html>.

¹¹ <https://www.stiftung-evz.de/stiftung/geschichte/entstehung/praeambel.html>.

¹² Expansion um jeden Preis, S. 10.

¹³ <https://wintershalldea.com/de/wer-wir-sind/historie>.

¹⁴ Seit 2015 war der 1948 in Hamburg als Sohn eines britischen Armeemoffiziers und einer ungarischen Auschwitz-Überlebenden geborene Edmund John Philip Browne Aufsichtsratsvorsitzender von DEA (https://de.wikipedia.org/wiki/John_Browne,_Baron_Browne_of_Madingley), aber auch unter seiner Leitung gab es noch keine Aufarbeitung der Firmengeschichte. Seit 2018 ist John Browne auch Aufsichtsratsvorsitzender der Wintershall Dea.